

Die CDU aus der Nähe betrachtet

Der Beitrag des Archivs für Christlich-Demokratische Politik zur Geschichtsschreibung über die Union

Von Udo Wengst

Bei einem Vergleich zwischen der Weimarer Republik, jenem ersten, kläglich gescheiterten Versuch einer Demokratiegründung auf deutschem Boden, und der Bundesrepublik Deutschland, der so überraschend erfolgreichen parlamentarisch-demokratischen Staatsbildung in einem »halben Land« nach der nationalsozialistischen Katastrophe, ist der Unterschied in der Entwicklung des jeweiligen Parteiensystems besonders augenfällig. In der Nationalversammlung von 1919 verteilten sich die Wählerstimmen im wesentlichen auf sechs Parteien, die fast alle unter zum Teil geänderten Bezeichnungen an Vorläuferorganisationen im Kaiserreich anknüpften. Die SPD, die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum vereinigten etwas mehr als 75 % der Stimmen auf sich und besaßen als sogenannte »Weimarer Koalition« eine breite Mehrheit. Diese verloren sie allerdings schon 1920, und in den folgenden Jahren ließ die Integrationskraft dieser drei Parteien ebenso deutlich nach wie die von Deutscher Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei. Das Parteiensystem zersplitterte zusehends, und die radikalen Flügelparteien gewannen im Laufe der Zeit ständig an Zulauf. Im letzten vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten gewählten Reichstag im November 1932 waren nicht weniger als dreizehn Parteien vertreten, und – was noch bedeutsamer war – NSDAP und KPD verfügten zusammen über 50 % der Mandate.

Ganz anders verlief die Entwicklung in der Bundesrepublik. Schon vor ihrer Gründung wurde durch die Lizenzierungspolitik der Alliierten einerseits und Bestrebungen auf deutscher Seite andererseits eine Konzentration auf wenige Parteien herbeigeführt und damit in wesentlichen politischen Spektren die deutsche Tradition nicht fortgesetzt. Allein bei KPD und SPD handelte es sich um Wiedergründungen der von den Nationalsozialisten 1933 verbotenen Organisationen. Die FDP war insofern ein neues Gebilde, als es mit dieser Partei erstmals gelang, die seit dem 19. Jahrhundert bestehenden unterschiedlichen Richtungen des deutschen Liberalismus in einer Organisation zusammenzufassen. Gänzlich neu, wenn auch an Überlegungen zu Beginn der Weimarer Republik anknüpfend, war sodann die Gründung

von CDU und CSU, bei denen es sich um überkonfessionelle christliche Volksparteien handelte, die ganz unterschiedliche Traditionen bündelten.

Mit dem Wegfall alliierter Einschränkungen und Verbote noch vor der ersten Bundestagswahl 1949 kam es dann zwar zu einer Reihe von Neugründungen, vor allem von Regional- und Protestparteien, die zum Teil auch in den ersten Deutschen Bundestag einzogen, in dem immerhin zehn Parteien vertreten waren. Im Unterschied zur Weimarer Republik verlief die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik jedoch in entgegengesetzter Richtung. Die Integrationskraft vor allem von CDU und CSU, aber auch der SPD, gewann zusehends an Boden, und auf Union und SPD entfiel im Laufe der 50er Jahre ein immer größerer Anteil von Wählerstimmen. Die Regional- und Protestparteien zerfielen innerhalb weniger Jahre genauso wie das Zentrum, das sich noch eine Weile in Nordrhein-Westfalen halten konnte. Auch die Radikalen auf der linken und rechten Seite besaßen keine Chance. Die Sozialistische Reichspartei und die KPD, vom Bundesverfassungsgericht 1952 bzw. 1956 für verfassungswidrig erklärt und verboten, waren schon vor dem jeweiligen Spruch aus Karlsruhe gescheitert: Aufgrund der Diskreditierung antidemokratischer nationalistischer Positionen durch den Nationalsozialismus und kommunistischer Ideologien durch die Realität in der SBZ/DDR gab es für Parteien auf dem linken und rechten Rand des politischen Spektrums kaum Zustimmung in der Bevölkerung. Dem Konzentrationsdruck, den die großen Parteien ausübten, insbesondere die Union, konnte allein die FDP widerstehen, ohne dabei allerdings ihr Ziel zu erreichen, sich als echte »Dritte Kraft« zwischen Christlichen Demokraten und Sozialdemokraten zu etablieren.

Angesichts der Bedeutung, die Parteien für das Gelingen oder Scheitern parlamentarischer Demokratien unstreitig haben, war es naheliegend, daß die nach 1945 in der Bundesrepublik etablierte Zeitgeschichtsforschung in der Parteiengeschichte ein zentrales Forschungsgebiet erblickte. Es versteht sich von selbst, daß dabei zunächst die Untersuchung der Entwicklungen im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik im Vordergrund stand, denn zeitgeschichtliche Forschung sah sich damals insbesondere mit der Aufgabe konfrontiert, Erklärungen für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie zu finden.

Wenn demgegenüber die Gründung und die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und damit auch ihrer Parteien erst sehr viel später zum Thema der Zeitgeschichte wurden, so hat dies einmal damit zu tun, daß die Zeitgeschichtsforschung wie jede andere Geschichtsforschung ein Mindestmaß an Quellenzugang haben muß. Da Archivalien in der Regel 30 Jahre unter Verschuß bleiben, ehe sie der Forschung zur Verfügung stehen, war die Quellengrundlage bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre für die Aufarbeitung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schlicht unbefriedigend.

Dies änderte sich am Ausgang der 70er Jahre entscheidend nicht nur dadurch, daß nunmehr sukzessive amtliche Akten für Forschungszwecke frei gegeben wurden, sondern mehr noch deshalb, weil die der CDU, der SPD und der FDP nahestehenden politischen Stiftungen Archive eingerichtet hatten, in denen Aktenmaterial der Parteien, der ihnen angeschlossenen oder nahestehender Organisationen und der in ihren Reihen wirkenden Akteure gesammelt, gesichtet, aufbereitet und der Forschung zur Verfügung gestellt wurde. Die Stiftungs- oder Parteiarchive entwickelten sich innerhalb weniger Jahre zu zentralen, nicht mehr wegzudenkenden Einrichtungen für die Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, dies um so mehr, als in vielen Fällen keine restriktive Handhabung der 30-Jahresfrist geübt wurde und wird.

Einen besonderen Stellenwert darf unter den Parteiarchiven das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der KonradAdenauer-Stiftung beanspruchen, das den bisher größten und am besten erschlossenen Aktenbestand unter den Parteiarchiven aufweist. Hinzu kommt, daß Mitarbeiter des Archivs mit Darstellungen und Editionen zur Geschichte der Union wesentliche Forschungsleistungen erbracht und Forschungen Dritter angeregt oder betreut haben, für deren Veröffentlichung die von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene und von Mitarbeitern des Archivs redaktionell betreute Reihe *Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* zur Verfügung steht. Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß sich die Neugründung der Union nach 1945 als ungemein erfolgreich erwiesen hat und sie zu der Partei geworden ist, die das Gesicht der Bundesrepublik Deutschland wie keine andere geprägt hat. Unter Berücksichtigung dieser Tatbestände erscheint eine Zwischenbilanz geboten, in der unter vergleichender Perspektive auch auf die Arbeit der anderen Parteiarchive und auf die wichtigeren Forschungsarbeiten über CSU, SPD und FDP eingegangen werden soll.

Die Gründung des ACDP erfolgte 1976 und damit einige Jahre nach der Errichtung der Parteiarchive von FDP (1968) und SPD (1969), die jedoch erst nach einiger Zeit in größerem Ausmaß für Wissenschaftler zugänglich wurden und heute unter den Bezeichnungen »Archiv des Deutschen Liberalismus« (ADL) und »Archiv der sozialen Demokratie« (AdsD) firmieren. Die CSU zögerte lange, ein eigenes Archiv einzurichten. Erst 1986 entstand das Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP).

Mittlerweile hat das ACDP, wie die 1992 erschienene Bestandsübersicht dokumentiert,¹ eine imponierende Sammlungs- und Erschließungsarbeit geleistet. Die Akten haben einen Umfang von 10.000 laufenden Metern

¹ *Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kurzübersicht*, 3. erweiterte Auflage, Melle 1992.

erreicht. Beeindruckend ist vor allem die Fülle von persönlichen Papieren. Insgesamt weist die Bestandsübersicht 539 Nachlässe, Deposita und Nachlaßsplitter nach. Hinzu kommen der Bestand CDU-Bundespartei (Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle) und das zentrale Parteiarchiv der Ost-CDU, Akten von Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden aus den alten und den neuen Bundesländern, von CDU-Fraktionen der Länderparlamente, von der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags, von internationalen christlich-demokratischen Organisationen und der CD- bzw. EVP-Fraktion im europäischen Parlament, von den Vereinigungen der Partei und schließlich noch einige Sondersammelgebiete, auf die nicht näher einzugehen ist. Es ist keine Frage, daß dieses Material bisher lediglich zu kleinen Teilen wissenschaftlich ausgewertet wurde und in Zukunft für vielerlei Fragestellungen auch über den engeren Bereich der Parteigesichtsforschung hinaus eine hervorragende Quellengrundlage abgeben wird.

Richtig verstanden bedeutet diese Feststellung, daß die Aufarbeitung der CDU-Geschichte noch in den Anfängen steckt. Im Hinblick hierauf vermag es Verwunderung auslösen, wenn eine zweibändige, dickleibige Bibliographie, die in der Reihe *Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* erschienen ist, annähernd 19.000 Titel aufführt, die im Zeitraum zwischen 1945 bis 1986 über CDU und CSU erschienen sind.² Diese große Zahl kommt jedoch dadurch zustande, daß die Bibliographie alle Titel erfaßt, die auch nur entfernt mit der Union zu tun haben. Nur ein Teil der genannten Arbeiten befaßt sich mit CDU und CSU als eigentlichem Forschungsgegenstand. Von diesen wiederum kann nur ein Teil als wissenschaftlich gelten, und davon schließlich weist ein noch geringerer Teil historische Zielsetzung und Vorgehensweise auf. Gleichwohl ist die Bibliographie für jeden, der sich mit der Union befaßt, ein unverzichtbares Hilfsmittel. Sinnvoll gegliedert und durch ein Personen-, Sach-, Institutionen- und Regionenregister erschlossen, bietet sie dem Benutzer einen leichten Zugriff auf die ihn interessierenden Themen.

Einen Schwerpunkt der Betätigung der Mitarbeiter des ACDP in der Forschung bildet die Edition zentraler Quellenbestände der Union. Mit dieser Zielsetzung unterscheidet sich das ACDP von den anderen Parteien bzw. Stiftungen. Obwohl auch die SPD-nahe FriedrichEbert-Stiftung über ein Forschungsinstitut verfügt, das mit mehreren ausgewiesenen Historikern besetzt ist, gehörte die Edition zentraler Quellenbestände der SPD nicht zu den vorrangigen Aufgaben des Instituts. Von einem seiner Mitarbeiter

² *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945-1980*, erstellt von Gerhard Hahn (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 4), Stuttgart 1982; *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981-1986 mit Nachträgen 1945-1980*, erstellt von Brigitte Krahe und Michaela Seibel (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 15), Düsseldorf 1990.

ist lediglich eine Auswahl von Reden, Schriften und Korrespondenzen Kurt Schumachers, des ersten Vorsitzenden der SPD in der Nachkriegszeit, erschienen.³ Zu erwarten ist auf längere Sicht allerdings die Edition der Protokolle der Sitzungen des Parteivorstandes ab 1945 (Bearbeiter Willy Albrecht), während die seit langem angekündigte Edition der Sitzungsprotokolle der SPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat nach wie vor aussteht. Dagegen ist die Edition der Protokolle der Sitzungen der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag von 1949 bis 1966 im Erscheinen begriffen. Sie wird bearbeitet von Mitarbeitern der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn.⁴

Mitarbeiter derselben Einrichtung haben auch die Bearbeitung der Bundesvorstandsprotokolle der FDP für die Zeit von 1949 bis 1967 übernommen, die mittlerweile als vierbändige Edition erschienen sind.⁵ Wie die Parlamentarismuskommission für SPD und FDP, so ist das Institut für Zeitgeschichte für die CSU tätig geworden, da das Archiv für Christlich-Soziale Politik bisher ebenso wenig über eine eigene Forschungsabteilung verfügt wie das Archiv des Deutschen Liberalismus. Im Herbst 1993 erscheint eine umfangreiche Dokumentation über die Anfangsjahre der CSU, die die Protokolle der Landesversammlungen, des Landesausschusses, der als kleiner Landesparteitag zu bezeichnen ist, und des Landesarbeitsausschusses enthält, den man als eine Art erweiterten Vorstand bezeichnen kann.⁶

Mit der Entscheidung, starkes Gewicht auf die Edition zentraler Quellenbestände der CDU zu legen, setzte das ACDP eine Richtung fort, die vor seiner Gründung schon eingeschlagen worden war. Bereits 1975 hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Dokumentation unter dem Titel *Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946 – 1949* herausgegeben, die insbesondere Protokolle der Tagungen des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, der ersten parteiorganisatorischen

3 Kurt Schumacher. *Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945-1952*, hrsg. von Willy Albrecht, Berlin – Bonn 1985.

4 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. *Sitzungsprotokolle 1949-1957*, bearb. von Petra Weber; *Sitzungsprotokolle 1957-1961*, bearb. von Wolfgang Hölscher; *Sitzungsprotokolle 1961-1966*, bearb. von Heinrich Potthoff (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 8/I-III), Düsseldorf 1993.

5 FDP-Bundesvorstand. *Sitzungsprotokolle 1949-1967. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher 1949-1954*, bearb. von Udo Wengst; *Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier 1954-1960*, bearb. von Udo Wengst; *Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende*, bearb. von Reinhard Schiffers (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 7/I-III), Düsseldorf 1990, 1991 und 1993.

6 Die CSU 1945-1948. *Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union*, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. von Barbara Fait und Alf Mintzel unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 5), München 1993.

Zusammenfassung der CDU oberhalb der Länderebene, enthält.⁷ Bedeutung kam dieser Dokumentation vor allem deshalb zu, weil Adenauer an der Spitze des Zonenausschusses stand. Die abgedruckten Quellen gestatteten erstmals einer breiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit, den Beginn von Adenauers Nachkriegskarriere in einer wichtigen Arena verfolgen zu können. Doch ließ diese Dokumentation handwerklich einiges zu wünschen übrig, insbesondere weil ihr ein undurchsichtiges Auswahlprinzip zugrunde lag und Kommentierung und Sachregister fehlen. Hierin unterscheiden sich die Editionsbinden, die von Mitarbeitern des ACDP, beginnend mit dem Jahr 1981, vorgelegt wurden, grundsätzlich. Sie enthalten alle eine kurze Einleitung, eine – meist etwas knappe – Kommentierung und sind durch ein Personen- und Sachregister erschlossen. Erschienen sind bisher die Protokolle der Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden von 1946 bis 1950,⁸ die Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Fraktionen von Wirtschaftsrat⁹ und Parlamentarischem Rat¹⁰ und schließlich die Sitzungsprotokolle des CDU-Bundesvorstandes von 1950 bis 1961.¹¹

Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, die von 1946 bis 1950 das »organisatorische Bindeglied zwischen den Zonen- und Landesverbänden« darstellte (S.VII), besaß keine Entscheidungskompetenzen und diente lediglich als Diskussionsort und Clearingstelle. Verschiedene Versuche, auf der Basis der Arbeitsgemeinschaft die CDU als Bundespartei zu gründen, scheiterten insbesondere an Bayern, aber auch an Adenauer, der sich über Jahre hinweg in dieser Frage abwartend verhielt und erst im Mai 1950 dafür eintrat, »die Partei auf gesamtdeutscher Basis zu organisieren« (S. 695). Adenauers Stellung in der Partei war inzwischen so gefestigt, daß er

7 Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, eingel. und bearb. von Helmuth Pütz, Bonn 1975.

8 Die Unionsparteien 1946-1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, bearb. von Brigitte Kaff (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 17), Düsseldorf 1991.

9 Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947-1959, bearb. von Rainer Salzmänn (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 13), Düsseldorf 1988.

10 Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, eingel. und bearb. von Rainer Salzmänn (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 2), Stuttgart 1981.

11 Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953, bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), Stuttgart 1986; Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953-1957, bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Düsseldorf 1990; Adenauer: »...um den Frieden zu gewinnen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957-1961, bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 24), Düsseldorf 1994.

bereits zu diesem Zeitpunkt von den Landesvorsitzenden einstimmig zum vorläufigen Vorsitzenden der Partei gewählt wurde (S. 698) und an einer Bestätigung dieser Entscheidung, die im Herbst 1950 in Goslar erfolgte, kein Zweifel mehr bestand.

Während die Arbeitsgemeinschaft keinen Vorsitzenden, sondern nur einen Vorstand besaß, ließ sich Adenauer auf der ersten Konferenz der Landesvorsitzenden am 10. Juni 1948 sogleich zum Vorsitzenden dieser Konferenz wählen (S. 212-217). Ebenso verfuhr er, als zur Koordinierung des Bundestagswahlkampfes im Frühjahr 1949 ein Wahlausschuß und ein Wahlrechtsausschuß eingesetzt wurden, deren Sitzungsprotokolle ebenfalls in diesem Band veröffentlicht sind (S. 371-465, S. 560-634). Insbesondere aus der Konferenz der Landesvorsitzenden entwickelte sich ein »organisatorisches Institut«, auch wenn sich die CSU dagegen verwahrte und an der Übernahme des Vorsitzes durch Adenauer zunächst Kritik übte (S. 223 ff. und S. 230 f.).

Bis in das Jahr 1948 hinein nahmen Mitglieder der Ost-CDU an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft und der Landesvorsitzenden teil; erst im August 1948 distanzierte sich die Arbeitsgemeinschaft von der Führung der Ost-CDU unter Nuschke und Hickmann. Vertreter der CSU beteiligten sich bis Mai 1950 an den Sitzungen, und noch das Partei-Statut vom Oktober 1950 enthielt als letzten Paragraphen die Formulierung: »Die CDU bildet nach näherer Vereinbarung mit der CSU eine Arbeitsgemeinschaft« (S. 756).

In der Edition sind Unterlagen von 23 Sitzungen unterschiedlicher Leitungsgremien der Union veröffentlicht. Dabei ist die Überlieferung durchaus verschieden. Neben stenographischen Niederschriften gibt es knappe Beschlußprotokolle oder lediglich Einladungsschreiben und Pressecommuniqués. Wenn möglich, hat die Bearbeiterin, Brigitte Kaff, zur Aufhellung von Sitzungsabläufen auch Parallelüberlieferungen hinzugefügt und somit den Informationswert der Edition erhöht.

Vor ähnlichen Problemen wie Brigitte Kaff stand auch der Bearbeiter der Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates, Rainer Salzmann. Die 161 Sitzungen aus dem Zeitraum vom 21. Juli bis zum 27. August 1949 sind zwar sämtlich durch Protokolle überliefert, doch handelt es sich in der großen Mehrzahl lediglich um knappe Beschlußprotokolle. Zur Erhöhung ihres Informationswertes hat der Bearbeiter in den Anmerkungen ergänzendes Material insbesondere aus den Nachlässen Holzapfel (Fraktionsvorsitzender) und Pünder (Oberdirektor der Verwaltung) abgedruckt.

Beim Frankfurter Wirtschaftsrat handelte es sich um ein parlamentähnliches Gebilde, mit zunächst 52, dann 104 Mitgliedern, die von den Landtagen der Länder der Bizone entsandt wurden. Ihnen oblag die Gesetzgebungs-

kompetenz und das Verordnungsrecht für alle Aufgabenbereiche, die in die Zuständigkeit der bizonalen Verwaltungen fielen. Außerdem hatte der Wirtschaftsrat die Direktoren der einzelnen Verwaltungen zu wählen und konnte damit über die politische Ausrichtung der »bizonalen Regierung« entscheiden.

In den veröffentlichten Protokollen kann man nachlesen, wie die CDU-/CSU-Fraktion im Sommer 1947 mit ihrem Festhalten an der Forderung, daß ein Unionspolitiker den Direktorenposten der Verwaltung für Wirtschaft besetzen müsse, die Vorentscheidung für die »bürgerliche« Koalitionsbildung fällte (S. 43-46, S. 51-54) und im Frühjahr 1948 durch ihre Kompromißbereitschaft gegenüber der FDP die Wahl von Pünder zum Oberdirektor und von Ludwig Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft durchsetzte (S. 156 f.). Von besonderem Interesse sind die Debatten über den wirtschaftspolitischen Kurs des Wirtschaftsrates, wobei in diesem Gremium schon vor der Wahl Ludwig Erhards eine Mehrheit für eine freie Wirtschaft plädierte (S. 64, 73, 86, 96 und 108). Forciert und durchgesetzt hat die marktwirtschaftliche Konzeption dann allerdings Erhard, der aber auf Widerstand in der Fraktion stieß, als nach der Währungsreform im Herbst 1948 Probleme auftraten (S. 225 f., S. 268, S. 285 f.).

Obwohl Adenauer dem Wirtschaftsrat nicht angehörte, nahm er doch an einer Reihe von Sitzungen teil und wirkte darauf hin, daß die von der Fraktion verfolgte Politik seinen Intentionen entsprach. So vertrat er im Sommer 1947 in der Fraktion mit Nachdruck die Meinung, daß die CDU die »Regierungsverantwortung« in der Bizone übernehmen müsse (S. 46). Wenig später warnte er vor der SPD, die danach trachte, »die CDU kaputt zu machen« (S. 81 f.). Bereits zu diesem Zeitpunkt und nochmals ein Jahr später mahnte er die Fraktion, auf die Abgrenzung ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den Alliierten bedacht zu sein, und im Oktober 1948 verlangte er mit Blick auf die erste Bundestagswahl von seinen Parteifreunden in Frankfurt eine einheitliche (Wirtschafts-)Politik (S. 284). Auch 1949 hat es Interventionen Adenauers gegenüber CDU-Abgeordneten des Wirtschaftsrates gegeben. An den Sitzungen der Fraktion nahm er nun allerdings nicht mehr teil. Dies war darauf zurückzuführen, daß der Wirtschaftsrat an Bedeutung verlor, da die wichtigen politischen Entscheidungen nun vor allem im Parlamentarischen Rat in Bonn fielen.

Der Parlamentarische Rat, der am 1. September 1948 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat und am 8. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedete, bestand aus 65 Mitgliedern, die ebenso wie die des Frankfurter Wirtschaftsrates von den Landtagen entsandt worden waren. Zur dominierenden Figur dieses Gremiums entwickelte sich Konrad Adenauer, dem es gelang, seine Wahl zum Präsidenten durchzusetzen. Damit hatte er die Position gewonnen, die ihm eine institutionelle Basis

außerhalb der eigenen Partei schuf und zum herausgehobenen Ansprechpartner der Alliierten machte. Nicht zuletzt durch dieses Präsidentenamt, dessen politische Möglichkeiten er voll ausschöpfte, legte Adenauer den Grundstein für die Übernahme des Bundeskanzleramtes im September 1949.

Die Protokolle der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates, meist Verlaufs- und nur in wenigen Fällen Wortprotokolle, deren Edition wiederum Rainer Salzmann besorgt hat, belegen darüber hinaus, daß Adenauer, im Gegensatz zu einer landläufigen Meinung von seinem nur geringen Anteil an der Ausgestaltung des Grundgesetzes, als unumstrittene Führungsfigur auch in wesentlichen Sachfragen innerhalb der Fraktion die großen politischen Linien vorzeichnete. Dies gilt vor allem für das Föderalismusproblem und die damit zusammenhängende Ausgestaltung der zweiten Kammer, eine Frage, deren Bedeutung Adenauer mit Recht hoch einschätzte, nicht zuletzt im Hinblick auf das Verhältnis zur FDP und DP, das Adenauer sorgfältig pflegte, womit er die Koalitionsbildung vom Spätsommer 1949 vorbereitete.

Adenauer war bereits über ein Jahr Bundeskanzler, als der CDU-Bundesvorstand am 5. Dezember 1950 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Die Protokolle dieser Sitzungen, anfänglich lediglich knappe Verlaufsnotizen, die im Laufe des Jahres 1952 allmählich ausführlicher wurden und ab Dezember dieses Jahres als Wortprotokolle abgefaßt wurden, liegen nunmehr bis zum 25. August 1961 in drei dickleibigen Bänden vor. Ediert hat sie Günter Buchstab, der Leiter der Wissenschaftlichen Dienste der Konrad-Adenauer-Stiftung und in dieser Funktion zugleich auch erster Mann des ACDP, der damit eine Quelle von besonderem Gewicht veröffentlicht hat. Der Bundesvorstand trat im angegebenen Zeitraum zu 68 Sitzungen zusammen und wies damit nur eine relativ geringe Tagungsfrequenz auf. Dies und die Größe des Quorums (bis zu 65 Teilnehmer) qualifizierte ihn nicht als eigentliches Entscheidungsgremium der CDU, sondern in erster Linie als Diskussionsforum, in dem allerdings – wie Buchstab in der Einleitung zum ersten Band formuliert – »politische Entscheidungen durch Informationsaustausch und Meinungsbildung reiften und sich durchsetzten«(S.XXIV). Beschlüsse wurden im Bundesvorstand nicht gefaßt, die zentralen Politikbereiche aber alle eingehend diskutiert. Zu nennen sind hier (vor allem am Anfang) die Organisation der Partei, ihre Finanzierung, das schwierige Konfessionsproblem, die Vorgänge in den Ländern, die Beziehungen zu den anderen Parteien und schließlich alle großen Themen der Innen- und Außenpolitik.

Die Protokolle belegen, daß Adenauer sehr schnell eine dominierende Rolle spielte und sich gegenüber innerparteilichen Opponenten und Rivalen wie Jakob Kaiser, Friedrich Holzapfel und Werner Hilpert durchzusetzen verstand. Auch vermochte er sein »Herrschaftswissen« als Bundeskanzler

geschickt einzusetzen, in dem er ab 1952 vor allem seine einführenden Lageberichte als Führungsinstrument gebrauchte und den Gang der anschließenden Aussprache entscheidend beeinflusste. Adenauer diente die Bundesvorstandssitzungen in erster Linie dazu, die Zustimmung der Partei für seine Politik zu gewinnen, was ihm meist auch gelang, nicht zuletzt dadurch, daß er sich auf die Sitzungen sorgfältig vorbereitete, sich mit Mitarbeitern und einflußreichen Politikern aus den Führungsgremien der Partei abstimmte und Fragen erst dann zur Sprache brachte, wenn er einer Zustimmung weitgehend sicher sein konnte (Bd. I, S. XXIII).

Heftige Auseinandersetzungen blieben Adenauer im Bundesvorstand gleichwohl nicht erspart – so z. B. über seine Haltung in der Saarfrage am 30. September 1955 (Bd. II, S. 619-644). Am Zustand der Partei und an seinem Führungsstil wurde ab 1955 Kritik angemeldet. Es war Alois Zimmer, der im November 1955 die Frage aufwarf, ob überhaupt noch eine »autonome Parteiführung« vorhanden oder ob »die Parteiführung identisch mit der Führung des Kabinetts plus Bundestagsfraktionsvorstand« sei (Bd. II, S. 692). Derselbe Zimmer hatte bereits zwei Monate zuvor ein stärkeres »Selbstbewußtsein« der Partei mit der Begründung gefordert, daß irgendwann die Zeit kommen werde, »wo der Bundeskanzler nicht mehr oben steht« (Bd. II, S. 646 f.). Zimmer brachte seine Kritik bezeichnenderweise in Abwesenheit Adenauers vor, der sich zur Frage nach der Rangfolge von Partei und Fraktion unterschiedlich ausließ (Bd. II, S. 567 und S. 829). Im Juni 1955 fand er es selbst erschreckend, daß die CDU nur auf ihm aufbaue (Bd. II, S. 572). Als jedoch die Vertreter der Landesverbände von Nordrhein und Westfalen-Lippe im Frühjahr 1956 daran gingen, durch eine Statutenänderung die Zusammensetzung des Vorstandes zu ändern und durch eine Erhöhung der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden die Parteiführung auf eine breitere Basis zu stellen, stieß dies auf den erbitterten Widerstand des Kanzlers (Bd. II, S. 908-918). Auf dem Parteitag in Stuttgart 1956 setzten sich die Antragsteller jedoch durch und fügten Adenauer eine Niederlage bei. An der »dominierenden Rolle Adenauers« in der Partei – so Buchstab in der Einleitung – und dem großen Einfluß der »Regierungsfraktion in der Parteispitze auf die politischen Richtlinien und auf den Gesetzgebungsprozeß« (Bd. II, S. XXVII und S. XXXI) vermochte dies jedoch wenig zu ändern.

Dies galt im Prinzip anfangs auch für die dritte Legislaturperiode, in der sich allerdings – wie in der Einleitung zu Bd. 3 (S. X) zu lesen ist – »die vorstandsinternen Konflikte häuften« und »sowohl in sachlicher wie persönlicher Hinsicht, in Ton wie in Inhalt schärfer und heftiger als jemals zuvor« ausgetragen wurden. Konfliktfelder waren insbesondere die Deutschlandpolitik, in der Adenauer gegen jedwede Aufweichungstendenzen an der bisherigen Politik festhielt, die Medienpolitik, die Entwicklungen im Energie- und Agrarbereich oder aber die Krankenversicherungsreform

(Bd. III, S. XI-XIX). Darüber hinaus wurden wiederholt Klagen am Zustand der Partei laut, in die auch Adenauer am 16. September 1961 mit der Bemerkung einstimmt: »Nach meiner Meinung haben wir keine Bundespartei« (Bd. III, S. 397). Die nach der Präsidentenkrise von 1959 eingeleiteten Initiativen zur »Aktivierung und Intensivierung der Parteiarbeit« führten im Februar 1960 zur Verabschiedung eines neuen Parteistatutes, mit dem als neues Führungsgremium ein engerer Bundesvorstand geschaffen wurde. Mit 24 Mitgliedern war dieses Organ für ein effizientes Entscheidungszentrum allerdings zu groß, und seine Aktionsmöglichkeiten wurden im folgenden auch noch dadurch eingeschränkt, daß zur Vorbereitung der Bundestagswahl im September 1961 ein besonderes Wahlgremium eingesetzt wurde. Buchstab ist zuzustimmen, wenn er den organisatorischen »Aktionismus« jener Tage dahingehend deutet, »daß die Bandbreite der Parteaufgaben mit der anfangs so effektiven Spitze eines mit großer persönlicher Autorität und politischem Prestige ausgestatteten Vorsitzenden, der gleichzeitig Bundeskanzler war, nicht mehr zu bewältigen war« (Bd. III, S. XXV).

Neben der Bearbeitung und Herausgabe zentraler Quellenbestände hat das ACDP sich auch um die monographische Aufarbeitung der Unionsgeschichte bemüht. Den Anfang machte ein kleines Bändchen mit dem Titel *Die Gründung der Union* im Jahre 1981, das auch die historischen Voraussetzungen der Gründung und die Wegbereiter und Repräsentanten behandelt.¹² Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die »negative Erfahrung der Parteienzersplitterung in der Weimarer Zeit« genauso eine Gründungsvoraussetzung einer interkonfessionellen Partei war wie das »Bewußtsein der verbindenden Gemeinsamkeiten im Kampf gegen das NS-Regime« (Brigitte Kaff, S. 71). Die neue Partei stand, wie anhand ausgewählter Repräsentanten veranschaulicht wird, in der Tradition christlicher Grundwerte. Sie nahm soziale und gewerkschaftliche Traditionen ebenso auf wie konservative, liberale oder auch föderalistische Traditionen. Den Abschluß des Bandes bilden zwei Beiträge über Franz Böhm und Konrad Adenauer, in denen die beiden grundlegenden Neuerungen in der Gründungsphase der Bundesrepublik exemplifiziert werden, zum einen die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft, zum anderen die außenpolitische Neuorientierung.

Archivalisch gut abgestützte Darstellungen folgten aber erst einige Jahre später mit den Arbeiten von Winfried Becker und Horstwalter Heitzer, die sich beide ausführlich mit den ersten Jahren der Unionsgeschichte befaßten. Während Becker Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei zonenübergreifend untersucht,¹³ behandelt

12 Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hrsg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten* (Geschichte und Staat, Bd. 254/255), München-Wien 1981.

13 Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Ent-*

Heitzer allein die CDU in der britischen Zone.¹⁴ In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß es für die FDP, deren Gründungsgeschichte ähnlich verlief wie die der Union, für diesen Zeitraum parallele Arbeiten gibt. So stellt Dieter Hein die Gründung, Entwicklung und Struktur der FDP für den Gesamtbereich der drei Westzonen dar,¹⁵ während Karsten Schröder wie Horstwalter Heitzer lediglich der Entwicklung in der britischen Zone nachgeht.¹⁶

Beckers Arbeit basiert in sehr starkem Maße auf Aktenbeständen des ACDP, dazu ergänzend auf weiteren archivalischen und veröffentlichten Quellen, schließlich auf Befragungsergebnissen von mehr als 70 Zeitzeugen und einer umfassenden Auswertung der einschlägigen Literatur. Ebenso überzeugend wie die Quellengrundlage ist die Gliederung. Auf eine knapp skizzierte Vorgeschichte und ebenso geraffte Darstellung der Programmgeschichte folgt das zentrale und den größten Forschungsertrag enthaltende Kapitel über die Gründung und Entwicklung der Landesparteien in den Westzonen. Unter standardisierten Kriterien werden die einzelnen Landesverbände abgehandelt und dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet. Im Anschluß hieran unterzieht Becker die Vorgänge in der CDU in der sowjetisch besetzten Zone einer konzentriert zusammenfassenden Betrachtung, schildert sodann dem Leser die Bildung zentraler Parteinstanzen bis zur CDU-Gründung 1950 und bilanziert schließlich in einer Schlußbemerkung das Ergebnis seiner Darstellung. Hierin weist Becker insbesondere die oftmals vorgenommene Zweiteilung der Unionsgeschichte zurück, ganz gleich ob sie programmatisch (vom Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen) oder organisatorisch (von der Sammlungsbewegung zur Volkspartei) begründet wird. Becker betont dagegen die Identität der CDU, »die aus dem Aufbruch von 1945 hervorging und weit zurückreichende Wurzeln hatte« (S. 274).

Mit dieser Einschätzung stimmt Heitzer im wesentlichen überein. Auch Heitzer, der seine Darstellung in drei Teile gegliedert hat (CDU-Parteigründungen in den Ländern der britischen Zone und erste Versuche überregionaler parteipolitischer Zusammenarbeit, Parteiführung und -organisation von

wicklung bis zum Entstehen der CDUBundespartei (Studien zur politischen Bildung, Bd. 13), Mainz 1987.

14 Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 12), Düsseldorf 1988.

15 Dieter HEIN, *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 76), Düsseldorf 1985.

16 Karsten SCHRÖDER, *Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946-1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 77), Düsseldorf 1985.

1946-1949, Zonenausschuß) und eine noch breitere Quellenbasis als Becker nachweisen kann, vermag letztlich keinen Bruch in der Programmatik vom Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen zu erkennen. Auch er betont, daß die CDU (in der britischen Zone) von Beginn an eine Volkspartei gewesen sei.

Heitzers detaillierte Untersuchung enthält jedoch mehr als nur eine Bestätigung der Ergebnisse Beckers. Sie erbringt zusätzlich vor allem einen wichtigen Beitrag zur Adenauer-Forschung. Denn der Zonenverband war »im hohen Maße mit der Persönlichkeit Adenauers« verbunden (S. 742) und diente dem späteren Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzenden »als Hausmacht im Kampf um die Führung der CDU« (S. 745). In diesem Zusammenhang ist u.a. auf die Auseinandersetzungen und Konflikte Adenauers mit Hermes, Kaiser und Arnold hinzuweisen, gegen die er seinen Führungsanspruch durchsetzte.

Im Hinblick auf die oben gegebenen Hinweise auf Adenauers Umgang mit dem CDU-Bundesvorstand verdienen Heitzers Ausführungen über Adenauers Führungsstil besonderes Interesse, der – wie Heitzer betont – von seinen Erfahrungen als Kölner Oberbürgermeister geprägt war und bereits alle Elemente enthielt, die auch für den CDU-Bundesvorsitzenden kennzeichnend waren. Der Vorsitzende des Zonenverbandes »stand einer kooperativen Parteiführung distanziert gegenüber, weil sie seinen politischen Handlungsspielraum einschränkte. Adenauers Stellvertreter in der rheinischen und zonalen Partei wurden an politischen Entscheidungsprozessen oft nur partiell beteiligt, unzureichend oder verspätet unterrichtet. Kein anderer Landesvorsitzender handhabte die Einberufung des Vorstandes so eigenmächtig wie Adenauer« (S. 743). Mit Blick auf Adenauers mächtige und bald unangefochtene Stellung im Zonenverband wird verständlich, warum er einem organisatorischen Ausbau der Arbeitsgemeinschaft zu einer Bundespartei über Jahre hinweg distanziert gegenüberstand und den Zonenverband auch erst dann auflöste, als er bereits Bundesvorsitzender der CDU war.

Bis 1948 – darauf ist oben bereits hingewiesen worden – hat es in der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands noch eine gewisse Zusammenarbeit der Union in den westlichen Besatzungszonen mit der CDU in der sowjetisch besetzten Zone gegeben. Sie wurde jedoch von westlicher Seite abgebrochen, da die Ost-CDU mehr und mehr auf SED-Kurs gebracht und gleichgeschaltet wurde. Dieser Prozeß, den Becker auf nur wenigen Seiten abgehandelt hat (S. 210-213), ist nunmehr in der 1990 erschienenen Studie von Michael Richter detailliert nachzulesen,¹⁷ die – bereits vor der »Wende« von 1989/90 abgeschlossen – lediglich auf Aktenbeständen in Archiven

¹⁷ Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Düsseldorf 1990.

der »alten« Bundesrepublik und auf Zeitzeugenbefragungen basiert, aber gleichwohl durch ihren Ertrag beeindruckt.

Richter, dessen Darstellung mit der Absetzung Kaisers als Vorsitzender der Ost-CDU durch die Sowjets im Dezember 1947 einsetzt, zeichnet präzise die Umwandlung der Ost-CDU von einer zur Beginn noch teilweise demokratischen Partei zu einer Kaderpartei nach. Er kann darlegen, wie sich die Führung und die Basis auseinanderentwickelten, weil die Parteispitze offen die SED-Diktatur unterstützte, »während die CDU-Arbeit an der Basis in die Illegalität gedrängt und kriminalisiert wurde« (S. 195). Mit rüden Methoden, die an Vorgänge bei der nationalsozialistischen Machtergreifung erinnern, wurde in der zweiten Januarhälfte 1950 der sächsische Landesvorsitzende Hickmann zum Rücktritt gezwungen (S. 223 f.) und die CDU der DDR »als Teil der Nationalen Front vollständig zu einem Instrument kommunistischer Machtpolitik« umgeformt (S. 289). Bis zum Frühjahr 1952 kam es zu Entlassungswellen von CDU-Mitgliedern in Verwaltungen, Schulen, in der Justiz und der Polizei: »Schritt für Schritt wurde die CDU aus allen Bereichen, die für das politische Leben der DDR von Bedeutung waren, verdrängt« (S. 317).

Bis zu den Stalin-Noten von 1952 blieb ihr allein die Aufgabe gestellt, Einfluß auf die Kirchen und die christliche Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu nehmen, Westspionage zu betreiben und sich für eine eventuelle gesamtdeutsche Alternative bereit zu halten. Dabei ließen die Sowjets gegenüber dem Außenminister der DDR und führenden CDU-Politiker Dertinger keinen Zweifel an der mit den Stalin-Noten von 1952 verfolgten Absicht. Der Sowjetische Botschafter Puschkin teilte ihm mit, daß »gerade die Verhinderung der Westbindung der Bundesrepublik das eigentliche Ziel der (ersten) Note gewesen sei« (S. 356). Aus einem Artikel, den Dertinger Anfang April 1952 für die *Tägliche Rundschau* geschrieben hatte, strich der sowjetische Chefredakteur folgenden Satz: »Im Gegensatz zur (ersten) westlichen Antwort geht aus der (zweiten) sowjetischen Note hervor, daß die Sowjetunion nicht daran denkt, Deutschland in ein östliches Bündnissystem einzugliedern oder das deutsche Potential für sich nutzbar zu machen« (S. 357). Mit dem Scheitern des Notenwechsels und damit der gesamtdeutschen Alternative verloren die Sowjets endgültig das Interesse an der Ost-CDU, und die SED besaß nun freie Hand. Dertinger und zahlreiche andere CDU-Funktionäre wurden im Januar 1953 verhaftet und anschließend verurteilt (S. 363-368). Als neuer »starker Mann« der Partei etablierte sich Generalsekretär Gerald Götting, der die Partei endgültig zu einer Kaderpartei umformte.

Mit Recht hat Richter als den wesentlichen Unterschied hervorgehoben, »daß sich in der westlichen Union die Politiker durchsetzten, deren Auffassungen Mehrheiten in der Partei fanden«, während durch die restriktive

Politik der Sowjetischen Militär Administration Deutschland (SMAD) »in der SBZ gerade die politischen Kreise protegiert wurden, die kaum über Rückhalt unter den Mitgliedern der CDU verfügten« (S. 376).

Mit der Geschichte der Organisation der (westlichen) CDU in den Jahren von 1950-1980 hat sich Wulf Schönbohm beschäftigt.¹⁸ Für den Zeitraum der Ära Adenauer konstatiert Schönbohm eine starke Stellung der Landesverbände, denen gegenüber allein Adenauer eine Chance hatte, sich durchzusetzen, da er »durch Kanzleramt, Parteivorsitz und seine überragende Persönlichkeit eine besondere Autorität in der Partei genoß« (S. 38). Allerdings schränkt Schönbohm diese Feststellung im folgenden ein, wenn er sagt, daß Adenauers Macht als Parteiführer nicht »unbegrenzt« gewesen sei: »In allen Fragen der Parteiorganisation, des Parteiapparates, der Parteifinancen usw., bei denen die Kompetenzen der Landesverbände tangiert waren, setzte sich Adenauer [...] in der Mehrzahl der Fälle nicht durch« (S. 40 f.). In gewissem Gegensatz hierzu formuliert Schönbohm an anderer Stelle, daß die CDU der 50er Jahre ein »Hilfsorgan von Parteirepräsentanten in Regierung und Fraktion« gewesen sei und sich erst seit den 60er Jahren als eigenständige Organisation emanzipiert habe (S. 295). Aus einem »Kanzlerwahlverein« und einer »Honoratiorenpartei«, aus einer »christlichen Gesinnungs- und Weltanschauungspartei« entwickelte sich – so Schönbohm in Abweichung von Becker und Heitzer – letztlich erst im Lauf der 70er Jahre eine »pluralistische Volkspartei«, eine »Mitgliederpartei« mit einer »zur politischen Drehscheibe und Koordinationszentrale« gewordenen Bundesgeschäftsstelle, die eine Zentralisierung der Parteiführung herbeigeführt habe, die mit der »Zurückdrängung der in der CDU traditionell starken föderalistisch-dezentralen Vorstellungen« verbunden gewesen sei (S. 297-300).

Mit seinem Ansatz, der eine innerparteiliche Entwicklung über einen größeren Zeitraum hinweg untersucht, entsprach Schönbohm sicherlich einem weit verbreiteten Interesse nach Überblicks- bzw. Gesamtdarstellungen. Sie gibt es schon seit einigen Jahren – in durchaus unterschiedlicher Qualität – für alle kleineren Parteien, die in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik eine gewisse Rolle gespielt haben,¹⁹ für die CSU, deren historische Erforschung über Jahre hinweg allein mit dem Namen Alf Mintzel verbunden

18 Wulf SCHÖNBOHM, *Die CDU wird moderne Volkspartei: Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 7), Stuttgart 1985.

19 Hermann MEYN, *Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 29) Düsseldorf 1965; Franz NEUMANN, *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei* (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 5), Meisenheim am Glan 1968; Ilse UNGER, *Die Bayernpartei: Geschichte, Struktur 1945-1957* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Stuttgart 1979; Hans WOLLER, *Die Loritz-Partei: Geschichte, Struktur und*

war,²⁰ und für die SPD, deren Geschichte Kurt Klotzbach für den Zeitraum von 1945 bis 1965 in beeindruckender Weise dargestellt hat.²¹ Für die CDU konnte in diesem Punkt bis vor kurzem nur Fehlanzeige gemeldet werden. Nunmehr jedoch hat Hans-Otto Kleinmann, stellvertretender Leiter des ACDP, die lange vermißte Gesamtdarstellung für den Zeitraum von 1945 bis 1982 vorgelegt.²²

Schon bei der Lektüre des Vorworts muß der wissenschaftlich interessierte Leser seine Erwartungen zurückschrauben, denn Kleinmann teilt mit, daß er keine »gelehrte Monographie« geschrieben habe – deshalb auch der durchgehende Verzicht auf Anmerkungen. Was geboten wird, ist »ein Buch zum Blättern und Lesen«, ein Werk »zum Nachschlagen«, das dem Leser in Form einer erzählenden Darstellung Informationen über wichtige Ereignisse, Personen und Daten der CDU vermittelt (S. 12).

Dieser Zielsetzung entspricht die weitgehend chronologische Gliederung: Aufstieg als Sammlungsbewegung der politischen Mitte, 1945-1950; die Ära Adenauer, 1950-1963; von den sechziger in die siebziger Jahre; in der Opposition: erste Phase 1969-1976; in der Opposition: zweite Phase 1976-1982. Diese den Zeitphasen folgende Gliederung wird jedoch nicht konsequent durchgehalten. Zwischen die Oppositionskapitel ist ein Kapitel mit der Überschrift »Aufwertung in der Provinz« eingeschoben, die abschließenden Kapitel behandeln die »Vereinigungen und Sonderorganisationen im Zeichen der 'Wende'« und die »Europapartei«. Die in dieser Kapiteileinteilung zum Ausdruck kommende Darstellungsweise Kleinmanns, der verschiedene Parteiebenen getrennt voneinander behandelt, kennzeichnet auch die Untergliederung der Kapitel selbst. Neben Parteien über die historischen Entwicklungen der Bundespartei stehen immer wieder vom Hauptstrom der Ausführungen abgesetzte Betrachtungen über die Landesverbände und Vereinigungen der Partei.

Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-1955 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Stuttgart 1982; Ute SCHMIDT, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung* (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 51), Opladen 1987; Josef MÜLLER, *Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 92), Düsseldorf 1990.

20 Alf MINTZEL, *Die CSU – Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972* (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 26), Opladen 1975; DERS., *Geschichte der CSU. Ein Überblick*, Opladen 1977.

21 Kurt KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei: Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin-Bonn 1982.

22 Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, hrsg. von Günter Buchstab, Stuttgart 1993.

Angesichts der Bedeutung, die die Vereinigungen und Landesverbände für die CDU hatten und haben – von ihnen geht nach Kleinmann neben der Bundestagsfraktion die Bewegung innerhalb der Partei aus (S. 208) – ist ihre Berücksichtigung innerhalb einer Gesamtdarstellung der CDU sicherlich gerechtfertigt. Zu bemängeln ist allerdings, daß die unterschiedlichen Ebenen nicht zusammengeführt werden und somit die Einflußnahme der Landesverbände und Vereinigungen auf die Willensbildung und Politikgestaltung der Bundespartei ebenso wenig deutlich wird wie umgekehrt die Einwirkungen der Bundespartei auf die Landesverbände und Vereinigungen. Die zahlreichen Informationen, die über diese in Kleinmanns Buch gegeben werden, bleiben ohne Bezug, da ein Interpretationsrahmen für die Einarbeitung in den Gesamtzusammenhang fehlt. Dies mag bei der Anlage des Buches als Nachschlagwerk unvermeidlich sein, muß aber als Tatbestand festgestellt werden.

Die Darstellung der Entwicklung der Bundespartei und ihrer Politik vermag nicht in jeder Beziehung zu überzeugen. Gelingen erscheint die Schilderung der Entstehungs- und Gründungsphase sowie der Oppositionszeit. Weniger überzeugend hingegen sind die Ausführungen über die Ära Adenauer, die sich an der Abfolge der Bundesparteitage orientieren. Dabei muß eingeräumt werden, daß es gerade hinsichtlich dieses Abschnittes besonders schwer ist, eine Trennungslinie zwischen Parteigeschichte und allgemeiner Geschichte der Bundesrepublik zu ziehen. Dennoch hätte man sich gewünscht, daß die Probleme, mit welchen die Partei sich intern auseinandersetzte, und die Debatten über Koalitionspolitik sowie über das Verhältnis zu den anderen Parteien und die Diskussionen über zentrale Fragen der Innen- und Außenpolitik ausführlicher behandelt worden wären.

Da Kleinmann über die Partei umfassend informieren will und deshalb die Besetzung minder wichtiger Ämter ebensowenig ausläßt wie Tagungen und Konferenzen geringerer Bedeutung, liest sich seine Darstellung partienweise etwas trocken. Dabei kann Kleinmann durchaus ansprechend schreiben und Zusammenhänge treffend kennzeichnen (so heißt es z. B. über den Beginn der »Kanzlerpartei« 1949 in zugespitzter Formulierung: »Adenauer war mehr als ein Programm und effektiver als eine Organisation«, S. 132) und Personen glänzend charakterisieren (S. 353 ff. und S. 413). Durch das Korsett, in das er sich gezwungen hat, wird ihm dies jedoch über weite Strecken unmöglich gemacht.

Fassen wir zusammen: Als Nachschlagwerk wird Kleinmanns Buch auf absehbare Zeit unverzichtbar sein, insbesondere auch deshalb, weil sich seine Ausführungen in der Tat stets auf der Höhe des »Forschungsstandes« bewegen (S. 12). Eine Darstellung, die mit der Klotzbachs über die SPD vergleichbar ist, hat Kleinmann aber nicht vorgelegt. Eine Gesamtdarstellung der CDU-Geschichte, die mehr Interpretation und Analyse enthält, die

die verschiedenen Parteiebenen in einem Gesamtzusammenhang in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit beschreibt und die schließlich die Bedeutung und den Stellenwert der CDU für die Geschichte der Bundesrepublik in die Betrachtung einbezieht, steht nach wie vor aus.

Es mag durchaus sein, daß eine solche Darstellung zur Zeit nicht möglich ist, da notwendige Vorarbeiten noch fehlen. Archivmaterial hierfür steht jedoch in den Beständen des ACDP reichlich zur Verfügung, und seine Mitarbeiter werden auch in Zukunft durch Editionen und Darstellungen zur weiteren Aufhellung der CDU-Geschichte beitragen. Aus der wissenschaftlichen Forschung zur Unionsgeschichte ist das ACDP jedenfalls nicht mehr wegzudenken. Es leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Zeitgeschichte, in der auch in Zukunft die Parteiengeschichte einen bedeutsamen Platz einnehmen wird. Denn bei aller Kritik, die augenblicklich am Zustand der Volksparteien in der Bundesrepublik geübt wird, hat der Satz nach wie vor Geltung, den Peter Hintze in einem Nachwort zu einer soeben erschienenen Sammlung von Reden und Beiträgen Helmut Kohls²³ niedergeschrieben hat: »Die Aufgaben der Volksparteien bleiben bestehen – denn diese sind als Vermittler und Träger der politischen Willensbildung in der parlamentarischen Demokratie unersetzbar« (S. 468).

23 Helmut Kohl, *Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973-1993*, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993.